Wittgensteiner Zeitung

Erscheint täglich, mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage, und kostet monatlich 2 Mark
Girokonto: Kreis-Sparkasse Laasphe Nr. 89
Marburger Bank e.G.m.b.H., Niederl. Laasphe

Tageszeitung für den Kreis Wittgenstein
Mit der wöchentlichen Beilage „Illustriertes Unterhaltungsblatt"
Schriftleitung, Druck und Verlag von Ernst Schmidt in Laasphe.
Mitglied des Vereins Deutscher Zeitungsverleger e. V.

Anzeigen: 1 mm hoch, 27 mm breit 10 Pfg.
Familien- und Kleine Anzeigen .... 6 Pfg.
Reklamen: 1 mm hoch, 90 mm breit 50 Pfg.
:-: Postscheckkonto Nr. 404 49 Amt Köln :-:

Nummer 288 Fernsprecher Nr. 1 **Laasphe, Mittwoch den 10. Dezember 1930** **55. Jahrgang**

Neues vom Tage.

— Das Reichspostministerium hat beschlossen, sämtliche deutschen Rundfunkbezirke mit Großsendern auszurüsten. Damit rückt Deutschland wieder in die erste Reihe der europäischen Rundfunkländer.

— Vom 1. Januar n. J. an erhalten in Preußen alle arbeitslosen Jugendlichen, die noch der Berufsschulpflicht unterliegen, einen zusätzlichen Berufsschulunterricht von 12 bis 18 Stunden wöchentlich und die nichtberufsschulpflichtige Jugend einen zusätzlichen Unterricht von 18 bis 24 Stunden wöchentlich.

— Die Bank von Frankreich hat soviel Gold aufgespeichert, daß eine Verteilung 1250 Goldfranken auf jeden Franzosen bedeuten würde. Damit sind die Franzosen das reichste Volk der Welt geworden; die entsprechenden Zahlen für Amerika und England sind 800 und 400 Goldfranken.

— Der Pariser Gemeinderat hat 300 000 Franken für die Errichtung eines Denkmals für George Clemenceau bewilligt. Das Denkmal wird seinen Platz an der Straßenkreuzung der Avenue des Champs-Elysées mit der Avenue Marigny und der Avenue Alexandre III. finden.

— Die Zahl der amerikanischen Arbeitslosen wird von dem Vorsitzenden der amerikanischen Gewerkschaften auf 4.86 Millionen für Novemberende geschätzt. Diese Angabe liegt wesentlich unter den Zahlen, die in letzter Zeit von Sachverständigen bei vielen Gelegenheiten angegeben worden sind.

Deutscher Reichstag

Berlin, 9. Dezember.

Im Reichstag kam am Dienstag das

Pensionskürzungsgesetz

zur ersten Beratung.

Abg. **Roßmann** (Soz.) wendet sich gegen Artikel des „Völkischen Beobachters", in denen behauptet wird, daß nicht weniger als dreißig sozialdemokratische „**Bonzen**" Ministerpensionen erhalten. Diese verleumderischen Angaben seien durchaus unwahr. Soweit in dem nationalsozialistischen Blatt überhaupt Namen genannt werden, handele es sich um Leute, die gar nicht Minister waren, die keine Pensionen beziehen und die zum Teil schon lange tot sind. (Hört, hört! bei den Sozialdemokraten, Lärm rechts.) Die Denkschrift der Reichsregierung über die Großpensionäre beweist, daß die Rentenempfänger von Großpensionen bis zu 19 000 Rmk. gerade die geschworenen Feinde der Republik sind. Die Sozialdemokraten verlangen die Ausdehnung dieser Denkschrift auf die Länder.

Abg. **Sprenger** (Nat.-Soz.) Der Verrat von 1918 war gar keine Revolution, sondern eine Schiebung, mit der die Sozialdemokraten ihre Parteibonzen in Beamtenstellungen unterbringen wollten. Von dem sozialdemokratischen Abgeordneten sind 20 Parteibuchbeamte ohne Beamtenvorbildung. (Lebhaftes Hört, Hört! bei den Nationalsozialisten.) Die in der Verfassung festgelegten wohlerworbenen Rechte der Beamten haben durch die Beamtenabbauverordnung die Sozialdemokraten mit Füßen getreten gemeinsam mit ihren schwarzen Koalitionsbrüdern vom Zentrum. Darüber hinaus hat man den Beamten einseitige Opfer zugemutet. Der hohe Pensionsetat ist von den Parteien selbst verschuldet durch den viel zu weitgehenden Beamtenabbau. Dem kleinen Beamten will man die Pension kürzen, aber nichts geschieht gegen die öffentlichen Hochverräter, die ihr Kapital ins Ausland verschoben haben. Die pensionierten Beamten werden ohnehin doppelt und dreifach besteuert.

Abg. **Laverrenz** (DN.): Diese Vorlage ist ein typisches Kind des Marxismus. Die alten pensionierten Offiziere haben sich doch ihre Pension verdient, sie zahlen ihre Steuern, und sie haben auch das Recht der freien Meinungsäußerung. Der vorliegende Entwurf versucht in empfindlicher Weise in die verfassungsmäßigen Rechte der Beamten einzugreifen. Eine Verschlechterung der Versorgungsverhältnisse gegenüber dem bisherigen Zustand lehnen wir ab. Durch eine Pensionskürzung im Sinne der Vorlage würde geradezu der Arbeitswille bestraft. Wir können die Vorlage, die wiederum einseitig nur die Beamten treffen und die Beamtenrechte aushöhlen will, nicht gutheißen.

Abg **Torgler** (Komm.): Wir mischen uns nicht in den Streit zwischen Sozialdemokraten und Nationalsozialisten darüber, wer sich am meisten an die Futterkrippe drängt. (Rufe bei den Nationalsozialisten: „Ihr Dr. Neubauer gehört auch dazu!") Dr. Neubauer bezieht zwar das ihm als Berufsbeamten zustehende Wartegeld von 460 Mark, aber er ist davon ebenso wenig Nutznießer wie von den Reichstagsdiäten. Durch Schreiben vom 23. Oktober 1930 hat der thüringische nationalsozialistische Kultusminister Dr. Frick Herrn Dr. Neubauer mitgeteilt, daß eine weitere Betätigung für die K. P. D. ein Dienststrafverfahren mit dem Ziel der Dienstentlassung nach sich ziehen würde.

Abg. Dr. **Krone** (Zentr.): In einer Zeit der allgemeinen Volksnot müssen Opfer von allen Schichten gebracht werden. Wir dürfen auch an den zu hohen Pensionen nicht vorbeigehen. Dabei wollen wir die wohlerworbenen Rechte der breiten Masse der Beamtenschaft nicht verletzen. Wir haben schon vor mehreren Jahren eine Höchstpensionsgrenze gefordert. Wir begrüßen darum den vorliegenden Gesetzentwurf. Die Nationalsozialisten konnten bei der Wahlagitation auf dem Lande nicht oft genug über die hohen Pensionen sich erregen, und hier hält der Nationalsozialist Sprenger eine Rede, die nicht Fisch und Fleisch ist. Wir werden die Nationalsozialisten zwingen, im Ausschuß Farbe zu bekennen.

Abg. **Morath** (DVp.): Wir lehnen die Vorlage ab, wie wir das immer getan haben. Auch von den Freunden eines solchen Gesetzes wird zugegeben, daß der finanzielle Effekt nur gering ist. Dann soll man doch aber in einer Zeit, in der an sich schon dem Beamten der Hauptanteil an den finanziellen Opfern für das Reich zugemutet wird, diese neue Beunruhigung der Beamtenschaft vermeiden durch ein Gesetz, das doch nur eine Verbeugung vor der Straße ist. Doppelverdiener gibt es in allen möglichen Berufsgruppen, man wendet sich aber immer nur gegen die pensionierten Beamten, weil man immer den Weg des schwächsten Widerstandes gehen will.

Abg. **Rauch**-München (BVp.): In einer Zeit der größten Arbeitslosigkeit geht es nicht an, daß die Empfänger von Pension und Wartegeld andere Menschen vom Arbeitsplatz verdrängen. Das wollen wir verhindern. Der vorliegende Entwurf geht aber weit darüber hinaus. Wir werden uns im Ausschuß gegen alle die Bestimmungen wenden, die über den Zweck, dem Doppelverdienen ein Ende zu machen, hinausgehen.

Gegen 18 Uhr wird die Aussprache unterbrochen, weil die am Samstag zurückgestellten Abstimmungen zur Notverordnung nachgeholt werden sollen.

In namentlicher Abstimmung

wird zunächst ein kommunistischer Antrag auf Streichung der Deckungsmaßnahmen aus der Juli-Notverordnung mit 294 gegen 202 Stimmen abgelehnt.

Der weitere kommunistische Antrag, der eine Höchstgehaltsgrenze für Beamte von 8000 Mark und eine Höchstpensionsgrenze von 6000 Mark einführen will, wird mit 454 gegen 67 Stimmen abgelehnt.

Mit 319 gegen 197 Stimmen der Sozialdemokraten und Kommunisten wird dann der kommunistische Antrag abgelehnt, der hohe Vermögens-, Einkommen-, Dividenden- und Tantiemen-Sondersteuern fordert.

Auch die übrigen kommunistischen Anträge auf Aenderung der Juli-Notverordnung werden abgelehnt. Einstimmig angenommen werden die verschiedenen Anträge, die die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses über die Roggenstützung verlangen. Die übrigen Landwirtschaftsanträge gehen an den Volkswirtschaftsausschuß.

Präsident **Löbe** schlägt um 7¾ Uhr vor, die Mittwochsitzung um 3 Uhr beginnen zu lassen und auf die Tagesordnung neben kleineren Anträgen und Vorlagen die Fortsetzung der Aussprache über das Pensionskürzungsgesetz zu setzen.

Die Abgg. Dr. **Frick** (Nat.-Soz.) und Dr. **von Freytagh-Loringhoven** (Dnt.) beantragen, morgen in die Aussprache über die Außenpolitik einzutreten.

Abg. **Stöcker** (Kom.) schließt sich dieser Forderung an.

Abg. **Ulitzka** (Zentr.) erklärt, die unmenschlichen polnischen Terrorakte gegen die deutsche Bevölkerung in Polnisch-Oberschlesien seien noch viel schlimmer als die Oeffentlichkeit bisher erfahren hat. Wenn wir aber den bedrängten Volksgenossen wirksam helfen wollen (Lärm bei den Nationalsozialisten), mit Lärmen und Schreien helfen Sie unseren Volksgenossen nicht! (Beifall.) Der Präsident der Gemischten Kommission Calonder hat von sich aus — was bisher noch nie geschehen — entsprechende Schritte beim Völkerbund unternommen. (Lärm bei den Nat.-Soz.) Aufgrund von Erfahrungen fürchte ich, daß eine Debatte in diesem Hause, deren Verlauf, Ausgang und Konsequenzen von niemand übersehen werden können, die von unseren Volksgenossen und von Calonder unternommene Aktion empfindlich stören könnte. Das ist auch die Meinung unserer oberschlesischen Volksgenossen selbst. Jetzt kommt es nicht darauf an zu reden, sondern zu helfen. (Beifall im Zentrum.)

Abg. Dr. **Kleiner** (Dnt.): Aufgrund derselben Verbindung mit Oberschlesien, auf die sich Abg. Ulitzka beruft, und aufgrund derselben Fühlungnahme mit den oberschlesischen Volksgenossen diesseits und jenseits der Grenze, mit denen ich Verhandlungen geführt habe, kann ich sagen, daß auch die Volksgenossen den Wunsch haben, daß hier im Reichstag wirksam und eindrucksvoll für sie gekämpft wird. (Hört, hört! rechts.) Unsere einzige Waffe in diesem Zeitalter deutscher Wehrlosigkeit (Rufe links: ist das Maul! Unruhe) ist doch die, daß wir durch eine große Willenskundgebung uns an die Seite unserer Volksgenossen stellen und ihnen zu Hilfe kommen.

Nach weiterer Aussprache wird der Antrag auf außenpolitische Debatte gegen die Stimmen der Nationalsozialisten, Deutschnationalen und Kommunisten abgelehnt. Der Vorschlag des Präsidenten wird angenommen.

Schluß der Sitzung 20.45 Uhr.

Um die außenpolitische Debatte

Die Entscheidung bei den Christlich-Sozialen. — Beim Reichskanzler. — Minderheitenschutz. — Eine Kundgebung des Reichstages für Ostoberschlesien.

× Berlin, 9. Dezember.

Im Vordergrunde des politischen Interesses steht die Frage, ob es im Reichstag zu einer außenpolitischen Debatte kommt oder nicht, da davon bekanntlich die Einbringung eines Mißtrauensvotums gegen Dr. Curtius abhängt. Die Entscheidung liegt bei einer verhältnismäßig kleinen Gruppe, nämlich dem Christlich-Sozialen Volksdienst, der zusammen mit den Deutsch-Hannoveranern und den Volkskonservativen auf der gemäßigten Rechten die sogenannte „Technische Fraktion" bildet.

Reichskanzler Dr. Brüning empfing daher am Dienstag vormittag als Vertreter des Christlich-Sozialen Volksdienstes die Abgeordneten Simpfendörfer, Rippel und v. Lindeiner-Wildau. Dieser Zusammenkunft kommt deshalb besonders große politische Bedeutung zu, weil der Reichskanzler dabei den Versuch unternahm, den Volksdienst davon zu überzeugen, daß ein außenpolitischer Vorstoß, sei es in Form einer außenpolitischen Debatte oder gar in Form eines Mißtrauensvotums gegen den Außenminister Dr. Curtius, im jetzigen Augenblick für die Interessen der Reichspolitik außerordentlich unerwünscht sei.

Zu gleicher Zeit war der Christlich-Soziale Volksdienst im Reichstag bereits zu der vom Nachrichtenbüro angekündigten Fraktionssitzung zusammengetreten, in der die Beratung und Beschlußfassung über einen Mißtrauensantrag gegen den Reichsaußenminister den Hauptpunkt der Verhandlungen bildete. Auch mehrere andere Fraktionen hielten schon am Vormittag Sitzungen ab.

Für Ostoberschlesien.

In den Besprechungen beim Reichskanzler spielten vor allem die Ostoberschlesien-Fragen und der Minderheitenschutz in Ostoberschlesien eine Rolle. Es sind nämlich Bestrebungen im Gange, die Bemühungen der deutschen Außenpolitik um einen wirksamen Schutz der deutschen Minderheit in Ostoberschlesien durch eine eindrucksvolle gemeinsame Kundgebung aller Parteien von den Sozialdemokraten bis zu den Nationalsozialisten zu unterstützen.

Zweifellos hätte eine solche einmütige Erklärung, die sich über die scharfen innerpolitischen Differenzen hinwegsetzen würde, eine starke Wirkung auf das Ausland. Ihre Aussichten werden aber gefährdet, wenn die deutsche Einheitsfront durch ein Mißtrauensvotum oder gar den Sturz des Außenministers gestört würde.

Für die Abberufung des Grafen Bernstorff.

Die Nationalsozialisten führen in einer Interpellation im Reichstag aus, daß der Auswärtige Ausschuß am 2. Dezember die sofortige Abberufung des deutschen Vertreters in der Vorbereitenden Abrüstungskommission in Genf gefordert habe. Diese Abberufung sei noch immer nicht erfolgt. Die Reichsregierung wird gefragt, ob sie bereit sei, den Grafen Bernstorff nunmehr unverzüglich abzuberufen. Weiter soll die Regierung erklären, ob sie gewillt sei, bei weiterer Sabotierung der Abrüstung und sonstigem Versagen der Mehrheit des Völkerbundsrates den Austritt Deutschlands aus dem Völkerbunde zu erklären.

Die französische Ministerkrise.

Laval bei der Bildung des Kabinetts.

Senator Laval ist eifrig bemüht, ein neues Kabinett zu bilden. Dabei hat er die Absicht, die Radikalen in die Regierung einzubeziehen. Die Radikalen wünschen aber die Ausschaltung rechtsstehender Parteien, namentlich der Marin-Gruppe. Das rechtsstehende „Echo de Paris" meint nun, wenn die Radikalen auf ihrem Standpunkte, eine bestimmte Partei ausschließen zu wollen, bestehen bleiben sollten, dann würde er auch ohne sie regieren.

Französische Fascisten.

„La République", das Blatt Daladiers, veröffentlicht ein Flugblatt, das von Studenten vor dem Senatsgebäude verteilt worden ist. In diesem Flugblatt wird die studentische Jugend aufgefordert, in die Reihen der Universitäts-Phalanx der „Jeunesse patriote" einzutreten und keine Linksregierung zuzulassen. Der durch Tardieu verkörperte Geist müsse für die Bewegung leitend sein.

Sei etwa der Augenblick gekommen, angesichts eines drohenden Deutschlands den inneren Zwist vor aller Augen auszubreiten und Begehrlichkeit zu erwecken? „Bereiten wir uns vor!" so schließt der Aufruf. „Worauf?" fragt „La République" und erklärt, man habe es hier mit dem Einzug von Sitten zu tun, die in Italien dem Fascismus vorangegangen seien. Man wolle annehmen, daß Tardieu diesen Umtrieben fernstehe, aber zum wenigstens sei es alarmierend, daß diese reaktionäre Bewegung, die seinen Namen als Aushängeschild führe, offen ankündige, daß sie bald zu Taten überzugehen gedenke.

Nach dem Moskauer Prozeß.

Die Begnadigung der Verurteilten.

Die Telegraphenagentur der Sowjetunion meldet ergänzend zu der Begnadigung der Verurteilten im Industrieparteiprozeß: Das Zentralexekutivkomitee der Sowjetunion erörterte das Gnadengesuch des Obersten Gerichtshofes der Sowjetunion in Sachen der verurteilten Mitglieder der gegenrevolutionären Organisation, der sogenannten Industriepartei, und beschloß:

In Anbetracht dessen, daß erstens die Verurteilten nicht nur geständig waren und die begangenen Verbrechen bereuen, son-

dern auch durch ihre Aussagen in der Voruntersuchung die Versuche der gegenrevolutionären Organisation entwaffneten, welche Agentur und ausführendes Organ der interventionistischen und Militärkreise im bürgerlichen Frankreich und ihres Anhängsels, des Handels- und Industriekomitees, war, zweitens, daß die Sowjetregierung keinem Rachegefühl Raum geben kann, besonders gegenüber unschädlich Gemachten, Geständigen und ihre Verbrechen Bereuenden, wurde die Begnadigung der Verurteilten ausgesprochen.

Hinzugefügt wird, daß für die Begnadigten auf Verlust ihrer Rechte für die Dauer von fünf Jahren und auf Einziehung ihres Vermögens erkannt wurde.

England und der Moskauer Prozeß.

Eine Anfrage im Unterhaus.

Auf eine Anfrage im englischen Unterhause über den Moskauer Prozeß und die Tatsache, daß behauptet wurde, die Angeklagten hätten bei ihrer sowjetfeindlichen Tätigkeit mit der englischen Regierung gemeinsame Sache gemacht, verlas Minister Henderson folgende Antwort des Sowjetkommissars des Aeußern an den englischen Botschafter in Rußland:

„Die Angeklagten haben zur Zeit der Voruntersuchung in schriftlichen Erklärungen auf die Möglichkeit der Teilnahme britischer Kreise an Interventionsplänen bezug genommen und haben diese Erklärungen später bei der Gerichtsverhandlung bekräftigt. Weder die Untersuchungsbehörde, noch der Gerichtshof kann die Angeklagten des Rechts berauben, Zeugnis abzulegen oder Geständnisse abzulegen, die sie für notwendig halten. Der öffentliche Ankläger hat natürlich die Anklage auf die Geständnisse der Angeklagten, die er nicht unberücksichtigt lassen konnte, gegründet. Indessen hat der Gerichtshof und der öffentliche Ankläger zur Zeit des Prozesses der Bezugnahme auf England so gut wie keine Beachtung geschenkt, und der öffentliche Ankläger hat sich auch in seiner Schlußrede nicht bei diesen Anschuldigungen aufgehalten. Ebenso hat die Regierung in keiner Weise irgendwelche Ansichten über diese Bezugnahme auf England geäußert."

Auf eine Anfrage Sir Austen Chamberlains, ob die Regierung es für vereinbar mit den Interessen und der Würde Englands halte, sich mit dieser Antwort abzufinden, erwiderte Henderson, die Antwort sei eben erst eingegangen und er müsse Zeit haben, sie zu erwägen.

Der Genfer Abrüstungskonventionsentwurf.

Der deutsche Vorbehalt.

Der politisch wichtigste Artikel des Abrüstungskonventionsentwurfes, der die einseitigen Entwaffnungsbedingungen des Versailler Vertrages noch einmal aufgreift, hat in den jetzigen Beratungen des Vorbereitenden Abrüstungsausschusses in Genf die endgültige Formulierung erhalten. Die französische, von England unterstützte Fassung besagt, daß die Abrüstungskonvention in keiner Weise die Verpflichtungen früherer Verträge berührt, durch die gewisse Signatarstaaten eine Begrenzung ihrer Land-, Luft- und Seestreitkräfte eingegangen seien.

Schon jetzt läßt sich übersehen, daß der Konventionsentwurf praktisch für eine Reihe von Staaten eine beträchtliche Aufrüstung bringen wird, da in den Debatten verschiedentlich von den Vertretern einzelner Länder betont wurde, daß ihre Rüstungen noch nicht den Stand der für sie notwendigen Sicherheit erreicht hätten.

In dem Bericht des Ausschusses an den Völkerbundsrat kommt die ablehnende Haltung der deutschen Delegation in folgendem vom Grafen Bernstorff eingereichten Vorbehalt zum Ausdruck:

„Die deutsche Delegation hat erklärt, daß sie wegen des Artikels 52, soweit er nicht die Verträge von Washington und London berührt, gegen den Entwurf in seiner Gesamtheit stimmen muß. Der von der Mehrheit des Ausschusses aufgestellte Konventionsentwurf schließt von einer Begrenzung und Herabsetzung der Landrüstungen wesentliche Elemente aus. Statt zu einer wirklichen Abrüstung zu führen, würde dieses Projekt nur dazu dienen, den wirklichen Stand der Rüstungen der Welt zu verschleiern, ja, er würde sogar eine Erhöhung der Rüstungen gestatten. Wenn Deutschland diese Konvention unterzeichnen würde, so würde das eine Erneuerung seiner Unterschrift unter die Entwaffnungsbestimmungen des Versailler Vertrages bedeuten."

Die Schlußsitzung.

Die Schlußsitzung des Abrüstungsausschusses, die unter großem Andrange des Publikums und der Presse stattfand, begann mit einer grundsätzlichen Erklärung des sowjetrussischen Delegierten Lunartscharski, der die Arbeit des Ausschusses einer schonungslosen Kritik unterzog und beantragte, das sowjetrussische Memorandum dem Bericht an den Völkerbundsrat als Anhang beizufügen.

Der griechische Gesandte in Paris, Politis, feierte den Ausschuß und einige seiner früheren und jetzigen Mitglieder. Lord Cecil verteidigte seine im letzten Abschnitt der Tagung von den verschiedensten Seiten hart kritisierte Haltung.

Mit großer Aufmerksamkeit wurde der Vertreter der Vereinigten Staaten Gibson angehört, der im Gegensatz zu Lord Cecil die Ergebnisse der Beratungen des Vorbereitenden Abrüstungsausschusses ziemlich kühl beurteilte und meinte, die Delegierten hätten keinen Anlaß, sich gegenseitig Glückwünsche auszusprechen. Der von dem Ausschuß aufgestellte Entwurf erfülle durchaus nicht die Erwartungen, die man bezüglich einer Verminderung der Rüstungen früher gehegt habe. Das Höchste, was erreicht werde, wenn die Abrüstungskonferenz diesen Entwurf annehme, sei eine Stabilisierung der Rüstungen. Auf der Abrüstungskonferenz müßten die einzelnen Regierungen in ihren Konzessionen weiter gehen als in den Instruktionen, die sie ihren Delegierten jetzt gegeben hätten.

Großem Interesse begegneten dann die Ausführungen des deutschen Delegierten Graf Bernstorff, der folgendes erklärte:

Ich habe die Worte des Vertreters der Vereinigten Staaten mit größtem Interesse gehört und befinde mich grundsätzlich in Uebereinstimmung mit ihm. Ich habe den Bericht angenommen, weil er alle meine Reserven enthält, und ich will auf erledigte Dinge nicht zurückkommen. Sie haben indessen aus den Reserven, die ich gemacht habe, ersehen, daß und warum ich bei meiner Kritik des Entwurfes beharren muß und daß im Einklang mit dieser Kritik die deutsche Regierung den Entwurf ablehnt, weil er nach ihrer Ansicht die schwersten grundsätzlichen Mängel und Unterlassungen aufweist. Die Völker haben ihren sicheren Instinkt für Realitäten.

Die Kürzung der Beamtengehälter.

Die Sozialdemokratie beantragt Staffelung.

Zu der in der Notverordnung vom 1. Dezember 1930 vorgesehenen Kürzung der Beamtengehälter um 6 v. H. hat, wie der „Vorwärts" meldet, die sozialdemokratische Reichstagsfraktion einen Gesetzentwurf eingebracht, der eine Staffelung dahingehend vorsieht, daß die niedrigen Jahresbezüge bis zu 3000 Mk. um 4 v. H., die Bezüge von 3000 bis 4000 Mark um 5 v. H. und erst die von 4000 bis 5000 Mark um 6 v. H. gekürzt werden. Eine stärkere Kürzung ist für die Jahresbezüge von über 5000 Mark vorgesehen. Bei den Bezügen zwischen 5000 und 8000 Mark soll der Abzug 8 v. H. und bei allen höheren Bezügen 10 v. H. betragen. Eine Verminderung der durch die Gehaltskürzung beabsichtigten Einsparungen soll nach diesem Vorschlag nicht eintreten. In die Gehaltskürzung der Angestellten bei den öffentlichen Verwaltungen sollen nur Jahresbezüge, die 3600 Mark übersteigen, einbezogen werden.

Weitere Anträge der Sozialdemokraten beziehen sich auf Wiederzulassung eines zollfreien Gefrierfleischkontingents in der alten Höhe, auf Beseitigung der Sonderumsatzsteuer für Warenhäuser, auf Erhöhung der Zuschläge zur Einkommensteuer für Einkommen über 8000 Mark auf 10 v. H., auf Einführung eines besonderen Zuschlages für Aufsichtsratsmitglieder von 20 v. H., Aufhebung der Mineralwassersteuer und Aenderung der Bestimmungen der Notverordnung über das Brotgesetz.

Ein polnischer Ueberfall.

Auf den Deutschen Hoheisel in Kattowitz.

Von zuverlässiger Seite erhalten wir folgende Darstellung des Ueberfalles polnischer Aufständischer auf den Deutschen Hoheisel: In Kattowitz wurde der 63 Jahre alte Deutsche Hoheisel in einer Gastwirtschaft, in der er sich mit Bekannten in deutscher Sprache unterhielt, von einem am Nebentisch sitzenden polnischen Reserveoffizier Palla herausfordernd angesprochen. Als Hoheisel sich diese Einmischung verbat, holte der Pole vier uniformierte Angehörige des Aufständischenverbandes herbei und stürzte sich mit diesen auf Hoheisel. Die Polen verprügelten den alten Mann, warfen ihn über die Treppe auf die Straße und mißhandelten ihn hier mit Biergläsern, Stöcken und Fußtritten, bis er blutend liegen blieb.

Als Passanten einen Polizisten zur Verfolgung der Uebeltäter aufforderten, verweigerte dieser ein Einschreiten mit der Erklärung, daß er uniformierte Aufständische nicht verfolgen werde. Schließlich bequemte sich die Polizei doch dazu, die Rohlinge festzunehmen. Palla hatte noch ein zersplittertes blutbesudeltes Bierglas in der Hand. Er erklärte, er habe Hoheisel niedergeschlagen, weil er ein verfluchter Deutscher sei. Hoheisels Zustand hat sich so verschlimmert, daß Lebensgefahr besteht.

Politische Tagesschau.

Antrag auf Schutz der Feiertage.

Berlin, 10. Dez. Die Reichstagsfraktion des Christlich-Sozialen Volksdienstes beantragt einen Gesetzentwurf über den Schutz der christlichen Feiertage. Danach sollen diejenigen christlichen Feiertage, die am 11. August 1919 in den Ländern gesetzlich geschützt waren, reichsgesetzlich geschützt werden. Außer den Sonntagen werden reichsrechtlich anerkannt der erste und zweite Weihnachtsfeiertag, der Karfreitag, der Ostermontag, der Himmelfahrtstag, der Pfingstmontag und der Neujahrstag. Soweit der Bußtag nach dem Landesrecht staatlich anerkannter Feiertag war, soll er gleichfalls reichsrechtlich anerkannt werden. Dann soll aber auch der 31. Oktober (Reformationsfest) als Feiertag gelten. Ebenso soll der Fronleichnamstag geschützt werden, wo er früher staatlich anerkannt war.

Die Arbeitsmarktlage im Reich.

Berlin, 10. Dez. Die Zunahme der Arbeitslosigkeit, die die Wintermonate mit sich zu bringen pflegt, hat nach dem Bericht der Reichsanstalt in der zweiten Novemberhälfte d. J. nicht das Ausmaß erreicht wie in der gleichen Zeit des Vorjahres. Einen Ausschnitt der gesamten Arbeitslosigkeit geben die Ziffern der Unterstützungseinrichtungen. Am 30. November wurden in der Arbeitslosenversicherung rund 1 788 000, in der Krisenunterstützung rund 566 000 Hauptunterstützungsempfänger gezählt; das bedeutet gegenüber dem 15. November eine Zunahme um rund 127 000 in der Arbeitslosenversicherung (im Vorjahre Zunahme von rund 1 015 000 um 155 000 auf rund 1 170 000). Aehnlich ist das Bild, das die Entwicklung der Zahlen der Arbeitsuchenden gibt. Die Zahl der Arbeitslosen beträgt 3 762 000.

Eine Abordnung des Reichslandbundes beim Reichspräsidenten.

Berlin, 10. Dez. Der Herr Reichspräsident empfing eine Abordnung des Reichslandbundes, bestehend aus den Präsidenten Graf Kalckreuth, Lind und Bethge und den Direktoren v. Kriegsheim und v. Sybel, zu einer Besprechung der Notlage der Landwirtschaft und zur Entgegennahme von Vorschlägen zur Besserung derselben. An der Besprechung nahm auch der Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft Dr. Schiele teil.

Gegen politische Filme.

Berlin, 10. Dez. Die Delegierten des Reichsverbandes Deutscher Lichtspieltheaterbesitzer haben auf einer Tagung eine Entschließung gefaßt, in der sie es ablehnen, Filme zu zeigen, die ihre Theater zum Schauplatz politischer Kämpfe machen. Sie bedauern es außerordentlich, daß der Deutsch-Amerikaner Karl Laemmle zwölf Jahre nach Friedensschluß noch einen Kriegsfilm hergestellt hat, der in Berlin nicht in der gleichen Fassung wie in London und Paris laufen kann.

Danziger Volkstag.

Danzig, 10. Dez. Der neue Danziger Volkstag trat zu seiner ersten Sitzung zusammen. Zum Ersten Präsidenten wurde der Abg. Gehl (Soz.) mit 34 von 63 abgegebenen Stimmen, zum Ersten Vizepräsidenten von Wnuck (Nat.-Soz.) mit 44 von 69 Stimmen und zum Zweiten Vizepräsidenten der Abgeordnete Gaikowski (Zentr.) mit 56 von 66 abgegebenen Stimmen gewählt.

Der Völkerbundsrat untersucht die belgische Nebelkatastrophe.

Brüssel, 10. Dez. Bei der belgischen Regierung ist eine Aufforderung der Hygieneabteilung des Völkerbundssekretariats eingegangen, ihr sobald wie möglich einen genauen Bericht über das Unglück, das die Bevölkerung des Maas-Tales getroffen hat, zugehen zu lassen.

Forderungen des Einzelhandels zum Preisabbau.

Berlin, 10. Dez. Die Hauptgemeinschaft des Deutschen Einzelhandels e. V., Berlin, hat an den Reichswirtschaftsminister ein ausführliches Schreiben gerichtet, das eine eingehende Stellungnahme unter Verwertung von Zahlenmaterial über Unkosten im Einzelhandel und die Möglichkeiten und Wege ihrer Senkung enthält. Der Einzelhandel unterbreitet mit diesem Schreiben zur weiteren Förderung der Preissenkungsaktion der Regierung Vorschläge zum Abbau der Kosten, mit denen die Warenverteilung erheblich belastet sei und bittet, soweit die näheren Umstände ein erfolgreiches selbständiges Vorgehen der Hauptgemeinschaft nicht vermuten lassen, um ein Eingreifen des Reichswirtschaftsministeriums. Das Schreiben fordert schließlich, daß die Höhe der Ladenmieten, eine Ermäßigung der Bankzinsen, eine Herabsetzung der Inseratenpreise und der Güterverkehrs- und Posttarife in den Bereich weiterer Prüfungen gezogen werden.

Vorschlag zur Regelung der internationalen Schulden. Der Leiter einer New Yorker Bankfirma Berdron hat dem Präsidenten Hoover einen Plan zur Regelung der internationalen Schuldenfrage unterbreitet. Berton schlug vor, den Schuldnern der Vereinigten Staaten und Frankreichs Bankkredite in der Höhe der alliierten Jahresschulden an Washington und der deutschen Reparationszahlungen an Frankreich zur Verfügung zustellen für den Ankauf von Rohstoffen und Fertigwaren, wodurch die wirtschaftliche Depression in der ganzen Welt behoben würde. Nach einer Mitteilung des Schatzamtes, dem dieser Vorschlag von dem Präsidenten Hoover zur Prüfung überwiesen worden war, ist in einem dem Präsidenten bereits überreichten Gutachten der Plan Bertrons als undurchführbar bezeichnet worden.

Aus der Heimat

Mittwoch den 10. Dezember 1930

Gibt es noch „richtige" Winter?

Werden die Vögel tot aus der Luft fallen oder zu Weihnachten die Obstbäume blühen?

Von Hans Felix Rocholl.

Der Winter steht vor der Tür und wird nun bald selbst die Antwort auf das große Rätselraten geben: „Werden wir einen strengen oder milden Winter bekommen?" Allerdings, die ältere Generation glaubt ja an einen „richtigen" Winter kaum noch. Solch starken Frost und so heftige Schneefälle, wie sie ihr noch aus ihrer Jugend in Erinnerung stehen, gibt es nach ihrer Meinung heutzutage überhaupt nicht mehr. In der Tat ist die Ansicht, daß die Winter gegen früher wesentlich milder geworden sind, außerordentlich verbreitet. Aber dabei spielen persönliche Eindrücke, die sehr häufig trügen, eine große Rolle.

Unser Klima zeichnet sich bekanntlich durch eine große Veränderlichkeit aus, einer Reihe kalter folgt eine solche warmer Winter, dann wieder wechseln beide Jahr für Jahr miteinander ab. Wessen Jugend nun in eine derartige Kältewelle fiel, der wird später der Meinung sein, daß es keinen richtigen Winter mehr gebe. Wer dagegen als Kind einen solchen überhaupt nicht kennen gelernt hat, dürfte an der Frage wenig Interesse haben. Erst wer mal in einer alten Chronik blättert und liest, daß im Jahre 1709 die Vögel vor Kälte in Nordwesteuropa ausstarben, nach einer anderen Aufzeichnung sogar tot aus der Luft fielen, im gleichen Jahre in der Provence der Boden drei Ellen tief gefroren war, weshalb alle Oelbäume eingingen, der bekommt Respekt vor einem „richtigen" Winter. Und er findet, studiert er die Statistik, daß er, falls er ein hohes Alter erreicht, sehr wohl selbst solch harte Zeiten erleben kann.

Für Nordwesteuropa besteht seit etwa acht Jahrzehnten eine sehr zuverlässige Statistik, die uns sehr interessante Aufschlüsse über das Verhältnis strenger zu milden Wintern vermittelt. Da finden wir, daß — auf 1000 Winter berechnet — nur neun als „ungewöhnlich streng" bezeichnet werden können, während 22 weitere das Prädikat „sehr streng", 83 „streng" und 134 „kalt" verdienen. Den neun ungewöhnlich strengen entspricht die gleiche Anzahl „ungewöhnlich milder" Winter. Es folgen, immer aufs Tausend berechnet, 40 „sehr milde" und 203 „milde". Der Rest weicht nur wenig von der Normalen ab, doch sind von ihnen 127 eher zu den warmen, 109 zu den kalten Wintern zu rechnen. — Es ergibt sich also: Noch nicht einmal ein ungewöhnlich strenger Winter je Jahrhundert!

Die Statistik zeigt uns aber auch, daß nicht selten eine Reihe strenger oder kalter Winter unmittelbar aufeinander folgt. So war die Periode von 1870 bis 1895 im wesentlichen durch kalte Winter gekennzeichnet, während die beiden nächsten Jahrzehnte entschieden durchschnittlich höhere Wärmegrade als normal zeigten. In derartige einheitliche Perioden finden sich dann gelegentlich Winter der entgegengesetzten Natur eingeschachtelt. Wahrscheinlich gilt dies z. B. für den strengen Winter vor zwei Jahren; wenn wir diesen als Einzelerscheinung auffassen, dürfen wir hoffen, daß es in diesem Jahre mit der Kälte nicht allzu schlimm wird, was den meisten von uns keineswegs unangenehm sein dürfte. Es braucht ja nicht gleich so zu werden wie vor sieben Jahrhunderten, im Winter 1299/1300, als im Dezember die Obstbäume blühten, um dann im Februar Früchte zu tragen. Der Vorgang wiederholte sich im Laufe des Sommers, so daß zur Freude vieler in diesem seltsamen Jahre zweimal geerntet werden konnte.

*

—* **Bericht des Dillenburger Arbeitsamts** über die Arbeitsmarktlage vom 16. 11. bis 1. 12. 1930. Der vorliegende Bericht erhält sein besonderes Gepräge durch stärkere Entlassungen in der Metallindustrie. In dieser Berufsgruppe wurden am Stichtag 284 Arbeitsuchende mehr gezählt, als am 15. 11. In allen Berufsgruppen waren 603 männliche Arbeitsuchende mehr vorhanden als am vergangenen Stichtag. Dem starken Anwachsen der Zahlen sind diejenigen der Unterstützungsempfänger noch nicht gefolgt. Mit 3763 liegt die Gesamtzahl nur um 27 höher als bei der vorigen Meldung. Das liegt vor allen Dingen an der für viele Antragsteller noch laufenden Wartezeit. Kurzarbeiter waren rund 1500 vorhanden. Mit Notstandsarbeiten konnten 166 Personen beschäftigt werden. Die Holzfällerarbeiten haben jetzt überall eingesetzt. Den Bemühungen des Arbeitsamtes ist es gelungen, daß in erheblichem Umfange vor allen Dingen Krisen- und Wohlfahrtsunterstützte zu den Holzfällungsarbeiten mit herangezogen worden sind. Durch das Arbeitsbeschaffungsprogramm der Reichsregierung konnten 45 Erdarbeiter für einige Wochen Beschäftigungsmöglichkeit erhalten. Im Baugewerbe machen sich jetzt stark saisonmäßige Einflüsse geltend.

Kreisausschuß-Sitzung.

Am Montag den 1. Dezember 1930 fand im Kreishause in Berleburg eine Kreisausschuß-Sitzung statt. Aus den Beratungen und Beschlüssen sei folgendes vermerkt:

Die Zusammenlegung der jetzigen fünf Aemter zu drei Aemtern und Zuteilung der Gutsbezirke zu den Amtsverbänden wurde nochmals eingehend beraten. Der Kreisausschuß hält in seiner überwiegenden Mehrheit die Neueinteilung der Aemter zur Ersparung von Verwaltungskosten für dringend notwendig und macht dem Kreistag entsprechende Vorlage. Ebenso soll dem Kreistag nach einstimmigem Beschluß wegen Zuteilung der Gutsbezirke zu den Amtsverbänden Vorlage gemacht werden. Zur Bekämpfung des Kartoffelkrebses im Kreise Wittgenstein ist der Erlaß einer Anordnung durch den Landrat vorgesehen. Der Kreisausschuß erteilt hierzu seine Zustimmung, falls wir bei der Beschaffung des Saatguts unterstützt werden. Die Anordnung wird demnächst veröffentlicht, dazu wird an dieser Stelle eine eingehende Erläuterung gegeben werden. Einige Einsprüche oder Anträge betr. Grunderwerbsteuer lagen vor, denen teilweise stattgegeben, teilweise der Erfolg versagt werden mußte. Gelegentlich des Hagelunwetters im Sommer sind sehr hohe Schäden festgestellt worden, die, soweit es sich um Schäden über 20 Prozent handelt, fast 30 000 *RM* betragen. An Beihilfen sind seither von den nicht betroffenen Gemeinden 1635 *RM* bewilligt worden. Der Kreisausschuß stellte dazu aus bereiten Mitteln 2675 *RM* zur Verfügung. Der Kraftverkehrs-Arbeitsgemeinschaft für Westfalen-Süd und die angrenzenden Gebiete tritt der Kreis bei. Kosten entstehen dadurch nicht. Der Zweck der Arbeitsgemeinschaft ist

a) den Regierungspräsidenten bei der Zulassung neuer Kraftfahrlinien gutachtlich zu beraten,
b) die vorhandenen Kraftverkehrsunternehmungen in einer für die Allgemeinheit zweckentsprechenden und im Betriebe wirtschaftlichen Form miteinander in Verbindung zu bringen (Fahrpläne, Fahrpreise 2c.).
c) in geeigneter Form die Belange der Allgemeinheit zu fördern und die Belange der Mitglieder der Arbeitsgemeinschaft zu berücksichtigen, namentlich auch die Fragen des Wegebaues und der Wegeunterhaltung.

Mitglieder der Vereinigung können werden Behörden, Gemeinden, Gemeindeverbände und Verkehrsunternehmungen. Die Aufnahme in die Vereinigung erfolgt auf Antrag durch Beschluß des Arbeitsausschusses.

Die Jugendherbergen Didoll und Latzbruch bedürfen dringend der Verbesserung. Der Gau Sauerland im Reichsverband für Deutsche Jugendherbergen hat hierzu um eine Beihilfe gebeten. Den dringendsten Anforderungen entsprechende Jugendherbergen sind notwendig. Sie tragen dazu bei, den Fremdenverkehr zu heben. Der Kreisausschuß bewilligte deshalb einen Betrag von 300 *RM*. Einige Anträge gemeinnütziger Anstalten wurden durch Gewährung von kleineren Weihnachtsbeihilfen berücksichtigt. Zwei Anträgen auf Genehmigung zum Betriebe der Gast- und Schankwirtschaft wurde entsprochen; es handelte sich um Uebertragung von den Eltern auf die Kinder. Eingehend wurde die Behandlung von Fürsorge-Unterstützungssachen besprochen. Es lag ein Schriftsatz vor, in dem Klage geführt wird, daß durch den Kreisausschuß oder seinem Vorsitzenden entgegen der Ansicht der Gemeindevertretung im Einspruchsverfahren Unterstützungen bewilligt worden seien, die nicht für notwendig oder zweckmäßig gehalten würden. Der Kreisausschuß stellt an Hand der Akten fest, daß in allen Fällen, in denen im Einspruchsverfahren Bewilligungen erfolgt seien, die Notwendigkeit vorgelegen und daß auch das betreffende Amt die Bedürftigkeit ausdrücklich bejaht habe. Wo Bargeld nicht angebracht sei, müßten die Gemeinden Gutscheine auf bestimmte Lebensmittel, Kleidungsstücke usw. ausgeben und die Rechnungen dann unmittelbar bezahlen. Kommen die Unterstützten dann wieder zu Einkommen, dann sei es Pflicht der Gemeinde, die Unterstützungen einzustellen oder an die vorgesetzte Behörde zu berichten. Es lagen schließlich weitere 23 Anträge auf Unterstützung von Bauvorhaben des Jahres 1930 vor. Den Anträgen konnte zum großen Teil entsprochen werden. Es wurden insgesamt 9400 *RM* als Hauszinssteuer-Hypothek bewilligt, die Uebernahme der Bürgschaft für 2. Sparkassen-Hypotheken in Höhe von 19 900 *RM* beschlossen und in einem Falle ein Zinszuschuß auf fünf Jahre gewährt. Weitere Anträge werden in diesem Jahre nicht mehr berücksichtigt werden können.

*

Laasphe:

* **Weihnachtsstimmung** hat sich in unserer Stadt ausgebreitet. Ein abendlicher Gang durch die Straßen, insbesondere durch die Hauptgeschäftsstraßen, läßt uns mit Bewunderung und Stolz erkennen, daß Handel und Gewerbe trotz der Not der Zeit alles aufbieten, um dem Käufer die Auswahl der nun einmal für das Gabenfest erforderlichen Geschenke leicht zu machen. Selbstverständlich muß heute der Gedanke vorherrschen, „praktisch und preiswert". Möchten nun die Anstrengungen unserer Ladenbesitzer mit ihren schönen und geschmackvollen Auslagen trotz der wirtschaftlichen Notzeit ein befriedigendes finanzielles Ergebnis zeitigen! Möchten aber auch alle Käufer die Mahnung beherzigen: Kauft am Orte!

—* **Keine Weihnachtszeugnisse.** Seit einer Reihe von Jahren dürfen bekanntlich die Weihnachtszeugnisse mit Rücksicht auf das bevorstehende Weihnachtsfest nicht mehr zu Beginn der Weihnachtsferien, sondern müssen bereits Anfang Dezember ausgegeben werden. Dadurch ist die Zeit, welche zwischen der Ausgabe der Herbstzeugnisse bezw. den Herbstferien und der Ausgabe der Weihnachtszeugnisse liegt, bei der hier gültigen Ferienordnung auf etwa sechs Wochen zusammengeschrumpft. Da nun dieser Zeitraum nicht für ausreichend gehalten wird, um einen Schüler neu zu beurteilen, und da sich andererseits auch die Zensuren in so kurzer Zeit kaum wesentlich ändern können, hat das Provinzialschulkollegium in Münster mit Genehmigung des Ministeriums für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung angeordnet, daß in diesem Jahre hier keine Weihnachtszeugnisse ausgegeben, daß aber dafür die Eltern schwacher Schüler zu Anfang Dezember besondere Benachrichtigungen erhalten sollen. Diese Anordnung ist für alle Schulen getroffen worden, welche die hier geltende Ferienordnung haben, da nur für diese Schulen die obigen Voraussetzungen zutreffen. K.

Erndtebrück:

Der Verkauf des Anwesens der Eheleute Karl Marburger von hier stand gestern beim Amtsgericht Berleburg an. Die Angelegenheit kam bereits in der letzten Sitzung der Gemeindevertretung zur Sprache. Da die Aussprache vertraulich behandelt werden sollte, haben wir dieselbe in unserem damaligen Sitzungsbericht nicht erwähnt. Trotz des vertraulichen Charakters wurde die Frage in einer auswärtigen Zeitung besprochen und da durch den heutigen Termin die breite Oeffentlichkeit Kenntnis davon erhielt, verraten wir kein Geheimnis, wenn wir nun ebenfalls dazu Stellung nehmen. In der vorerwähnten Sitzung der Gemeindevertretung wurde Gemeindevorsteher Sureth auf seinen Antrag ermächtigt, das Anwesen für die Gemeinde zu kaufen, um es Marburger zu erhalten. An Hand der bekannten Forderungen, soweit sie voraussichtlich herausgeboten würden, wurde eine Summe festgesetzt, bis zu der Gemeindevorsteher Sureth gehen sollte. Die Gründe, welche die Gemeinde bewogen, sich für die Sache zu interessieren, mögen auch heute unerörtert bleiben. Soviel kann aber gesagt werden, daß die Gemeinde mit dem Kauf ein kaum nennenswertes Risiko einging. Gemeindevorsteher Sureth gab bei einem Objekt von 7100 Mark das erste Gebot ab, indem er die übrigen Reflektanten gleichzeitig über den Zweck seiner Anwesenheit aufklärte. Es bot dann weiter der Amtsbeigeordnete und frühere Gemeindevorsteher Weyandt, sodaß sich Herr Sureth bei 8800 Mark genötigt sah, seine Bemühungen als aussichtslos aufgegeben. Ferner bot dann Schmiedemeister Karl Völkel, sodaß das Anwesen bis zur Terminunterbrechung schon 9450 Mk. kostete. Höchstbietender war bis dahin Herr Weyandt. Nach Wiederaufnahme des Termins erhielt dann Schmiedemeister Völkel den Zuschlag mit 9975 Mark. Der Verlauf des Termins hat unter den zunächst Beteiligten große Erregung hervorgerufen und wird auch in der Gemeindevertretung noch zu recht unliebsamen Erörterungen führen.

*

— **Wallau.** Land und Leute auf Island. Von berufener Seite war am Samstag abend unsere Gemeinde zu einem Vortrag über das Thema „In dem Land von Feuer und Eis" in das Fritz-Henkel-Haus eingeladen. In zweistündiger Rede, begleitet von zahllosen, selbstaufgenommenen Lichtbildern, führte der Vortragende, der selbst dreimal in diesem Lande gewesen war, das sagenumwobene Thule = Island vor, das durch seine 1000-Jahrfeier im letzten Jahr noch im Interesse aller steht, es ist ein Wunderland in jeder Beziehung. Die Hauptstadt dieser an der Grenze des Eismeeres gelegenen Insel ist eine ganz moderne Stadt, mit allen Errungenschaften der Wissenschaft und Technik ausgestattet. Neben ihr sind nur noch ganz wenige kleine Orte, sonst Einzelsiedlungen an der Küste und im Binnenland. Rund um die Insel geht die Fahrt; gewaltige Bergmassive, 1000 und mehr Meter hoch, wachsen fast senkrecht aus der Eisflut, wild zerrissen. Einsame Fischerhütten grüßen versteckt aus schauerlicher Einöde. In unermeßlichen Massen werden hier Fische aller Art gefangen, verarbeitet, verschickt, neben Daunen und Eiern der fast einzige lohnende Erwerb. Im Inneren des Landes finden wir die einzeln liegenden Höfe mit ihrer Schaf- und Ponyzucht. Wir werfen einen Blick in eine der vielen isländischen Wüsten und besteigen dann unser Pferdchen, das einzige Verkehrs- und Beförderungsmittel im Innern. Wir arbeiten uns durch reißende, eiskalte Bäche, besuchen eine Reihe grandioser Wasserfälle und wandern hin zu einem der ungeheuren Gletscher. Er bedeckt ein Land in der Größe von Hessen-Nassau. In riesiger Wucht lagern die wildzerrissenen, turmhohen Eismassen auf nacktem Felsen, durchbrochen von sich immer wieder umbildenden Vulkanen. Dort drüben aber ist kein Eis. Da dampfen Berg und Tal, und der Boden ist so heiß, daß wir ihn nicht betreten dürfen. Es ist die Gegend der heißen Quellen, in denen das Wasser an allen Ecken und Enden fast kochend dem Boden entquillt. Auch das nützt der Mensch. In kilometerlangen Rohrleitungen führt er das heiße Wasser zur nächsten Siedlung, wo es die Häuser wärmt und bei allen häuslichen und gewerblichen Zwecken Verwendung findet. Einige sehr schöne landschaftliche Aufnahmen im Strahl der Mitternachtssonne beendeten den lehrreichen Vortrag.

— **Biedenkopf.** Am Montag wurde der gesamten Belegschaft des Hüttenbetriebes Ludwigshütte zum 15. Dezember gekündigt. Es kommen etwa 400 Mann in Frage; ein kleiner Bruchteil davon dürfte zu Notstandsarbeiten herangezogen werden. Die überaus schlechte Wirtschaftslage veranlaßte die Betriebsleitung zu diesem Schritt. — Die mit Holzfällen für die Gemeinde Biedenkopf beschäftigten Arbeiter (etwa 90 Mann, meist Erwerbslose) dürften diese Woche ebenfalls mit ihren Arbeiten am Ende sein, so daß sie ebenfalls wieder zum Arbeitslosenheer einrücken. Für manche Familie ist ein trauriges Weihnachtsfest in diesem Jahre beschieden.



Hoch klingt das Lied vom braven Mann.

Der belgische Arzt Dr. Gendebilly, dessen tatkräftigem Eingreifen es zu verdanken ist, daß die Gasnebel-Katastrophe im Maastal nicht noch größeren Umfang angenommen hat. Er organisierte Rettungskolonnen, die die gasvergifteten Personen in höhere Gebiete schafften, wodurch 30 von ihnen vor dem sicheren Tode bewahrt wurden.



Das erste Bild aus dem belgischen Giftgasgebiet.

Die Warfuzee-Straße in Engis. In ihr forderten die giftigen Nebel die meisten Todesopfer.

Aus Nah und Fern.

— **Mandeln.** Ein Kalb mit einem Nasenloch. Einen Scherz erlaubte sich Mutter Natur bei einem Kalb des Landwirts Fritz Müller, das mit nur einem Nasenloch zur Welt kam.

— **Hanau.** Die verschluckte Zahnbürste als Todesursache. Ein wohl einzig dastehender Fall von ganz besonderer Tragik, der zum Tode eines jungen Mannes führte, ereignete sich dieser Tage in Hanau. Der junge Mann verspürte vor etwa 14 Tagen ein Jucken im Halse, dem er mittels einer Zahnbürste beizukommen versuchte. Dabei blieb ihm die Bürste im Halse stecken, und als er nach Atem rang und einen Hilferuf ausstieß, rutschte ihm die Bürste die Speiseröhrr hinab. Nach wenigen Tagen verspürte der Bedauernswerte heftige Schmerzen, die ihn zum Aufsuchen des Landeskrankenhauses veranlaßten. Hier versuchte man zunächst den Fremdkörper auf natürlichem Wege zu entfernen. Als aber alle derartigen Versuche fehlschlugen, entschloß man sich zur Operation, die der junge Mann aber nicht überlebte. Bei dem operativem Eingriff wurde die Bürste zwischen Magen und Zwölffingerdarm steckend vorgefunden.

Frenzel soll gegen 10 000 Mark Kaution befreit werden.

Berlin, 10. Dez. Das Kammergericht hat die Frage geprüft, ob die vom Potsdamer Gericht gegen den früheren Amtsvorsteher Frenzel angeordnete Haft wegen Fluchtgefahr aufrecht zu erhalten sei. Der IV. Senat entschied, daß Frenzel gegen eine Sicherheitsleistung von 10 000 Mark auf freien Fuß zu setzen sei. Da die ursprünglich gestellte Kaution in Höhe von 6 000 Mark noch vorhanden ist, handelt es sich für Frenzel nur darum, noch 4000 Mark aufzubringen.

Nebel über Norddeutschland.

Berlin, 10. Dez. Ueber ganz Norddeutschland lag dichter Nebel, der nicht nur in Berlin, sondern besonders stark an der Küste den Verkehr erheblich behindert hat. Der Flugverkehr im Norden des Reiches lag vollkommen still, während die Reichsbahn, wenn auch mit Verspätungen, den Fernverkehr abwickeln konnte. Dagegen traten auf allen Bahnhöfen erhebliche Verzögerungen im Rangierbetrieb ein, und viele Güterzüge konnten nur mit mehr stündigen Verspätungen zusammengestellt und abgefertigt werden. Nach den vorliegenden Nachrichten ist auch die Schiffahrt besonders an der Küste, aber auch im Binnenlande sehr stark behindert worden. Auch über dem Rhein lag dichter Nebel.

Auffindung eines wertvollen Schatzes.

Rom, 7. Dez. Im Keller eines Hauses der neuen Ausgrabungszone von Pompeji, der sogenannten Via del Abbondanza, wurde ein großer Schatz gefunden, der an Reichtum sowie künstlerischem und archäologischem Wert den im Louvre aufbewahrten Schatz von Boscoreale noch übertrifft. Man stieß dort bei den Ausgrabungsarbeiten auf eine halbverfaulte Holzkiste, und in dieser selbst fand man goldene Armbänder, drei Paar goldene Ohrringe, Fingerringe, goldene Ketten, Gold- und Silbermünzen aus der republikanischen und kaiserlichen Zeit, ein vollständiges silbernes Tafelservice für vier Personen, Tassen mit Untersätzen, silberne Kannen, große und kleine Löffel, silberne Spiegel und Parfümeriebüchsen. Die Ausgrabung des Schatzes, die unter der persönlichen Leitung des Generaldirektors der Altertümer in Neapel, Maiuri, stattfindet, wird heute noch fortgesetzt.

Geschäftliches.

Kauft praktisch!

Unserer Gesamtauflage liegt heute die Weihnachtszeitung der Firma **J. G. Reichwald, Siegen a. Markt bei,** worauf wir besonders hinweisen.

Wetterbeobachtungen

Wetteraussichten für Donnerstag: Nach kalter Nacht zunächst noch aufgeheitert, später Bewölkungszunahme und wieder unbeständigere Witterung.

Wetterbeobachtungen der Aufbauschule Laasphe.

Von heute, 10. 12., 8 Uhr vormittags

Temperatur:		+2° C
Barometerstand:	(gestern 765 mm)	766 mm
Feuchtigkeit der Luft:		97 %
Höchste Temperatur	(seit gestern 8 Uhr vormittags):	+3° C
Niedrigste Temperatur	(" " " " "):	0° C
Niederschlagswenge	(" " " " "):	1,5 mm

Moderne und solide

Damentaschen

Geldtaschen, Cigarrenetuis, Brieftaschen, Aktenmappen, Einkaufsbeutel, Lederkoffer

kauft man gut bei

Hermann Jung

Laasphe

Moderne, solide

Lederwaren

für den Weihnachtstisch.

Damentaschen
Geldtaschen, Brieftaschen, Cigarrenetuis, Aktenmappen

Schreibmappen
Einkaufsbeutel

Lederkoffer

zu bedeutend ermässigten Preisen.

Aug. Imgardt,

Laasphe.

Was

Weihnachten

Freude bereitet:

Stoff zum Seidenkleid
Stoff zum Wollkleid
Stoff zum Hauskleid
Stoff zum Oberhemd
Stoffe für Schlafanzüge
Stoffe für Bettbezüge
Stoffe für Vorhänge
Tischdecken, Tischtücher,
Bettdecken, Bettvorlagen, Felle
u. s. w. u. s. w.

Unter der **unglaublichen** Fülle von Angeboten werden auch Sie finden, was Sie suchen, und Sie werden gleichzeitig sehen, wie **billig Sie diesmal** bei mir kaufen können.

Das Stoffspezialhaus

Heinrich v. d. Emde

Marburg, Universitätsstraße 22. Direkt neben dem Amtsgericht.

Bis Weihnachten auch Sonntags geöffnet.

Nur für

Rundfunkhörer

die es noch nicht wissen: Das ausführlichste Rundfunk-Programm der Welt und den weiteren interessanten reichillustrierten Inhalt finden Sie in der ältesten deutschen Funkzeitschrift

Der Deutsche Rundfunk

Einzelheft 50 Pf., monatlich RM 2.—. Eine Postkarte an den Verlag Berlin N 24 genügt und Sie erhalten kostenlos ein Probeheft

Empfehle mich im

Schärfen

von Rasiermessern, Scheren u. dergl.

G. Weide,
Laasphe.

Für die Feiertage!

Offeriere prima sauber zum Braten **fette Gänse** und nehme Bestellungen entgegen. Morgen Donnerstag, sowie Freitag **Schellfisch** kopflos à Pfund 25 Pfg. Alle Sorten **Gemüse** billigst, sowie alle Sorten **Obst u. Apfelsinen.**

Christian Klinkert, Laasphe
Bahnhofstraße Fernruf 79

Schlittschuhe
Schneeschuhe
Rodel

kaufen Sie am besten bei

August Mittelmann, Laasphe

Auf einen Posten Rodel gebe **20% Rabatt.**

Anzeigen,

die an einem bestimmten Tage erscheinen sollen, müssen **beizeiten** (nicht erst am Tag oder Vorabend der Ausgabe) aufgegeben werden. Ausnahmen können nur in dringenden Fällen gemacht werden.

Aktentasche mit Akten

von Berleburg nach Leimstruth verloren gegangen. Wiederbringer oder derjenige, der für die Wiedererlangung zweckdienliche Mitteilung machen kann, erhält gute Belohnung.

Abzugeben beim

Ueberlandwerk in Berleburg.

Feinsten, garantiert reinen

Bienenhonig

hat noch abzugeben

Ludwig Zimmermann,
Niederlaasphe.

Glückssucher / Roman von Erika Riedberg

20] Nachdruck verboten.

„Vorläufig habe ich an Wichtigeres zu denken," sagte er nicht unfreundlich aber doch mit etwas Ungeduld. „Ich hindere dich aber gewiß nicht, allein zu der Berühmtheit zu gehen. Es wird dir allerdings etwas fremd und bang vorkommen . . . Ich vermute, du hast an dem einen Mal genug."

„Das glaube ich nicht. Offen gesagt, ich bin schrecklich neugierig auf solche Künstlerin. Ich werde aber nicht allein zu ihr gehen."

„Das wirst du wohl müssen. Aber jetzt laß uns essen. Ich will gleich wieder fort."

„Nicht zu Wera Lenz. Und schon wieder fort? Aber Robert, sag mir bloß, wozu wir geheiratet haben?"

„Liebes Kind, ich kann es nicht ändern. Du weißt doch, was es heißt, Geschäfte machen. Dein erster Mann war doch auch nicht zu deiner Gesellschaft da."

„Nein. Aber er behandelte mich nicht so als Luft. Und schlug mir nicht jeden Wunsch ab," sagte sie unwirsch.

Er zuckte die Schultern.

„Gedulde dich, du wirst mir noch einmal danken . . . wenn ich erst ganz oben bin. Und du mit mir," setzte er hinzu.

„Ach immer dies Vertrösten auf später. Jetzt wollte ich was von dir haben. Was haben wir nun von dem Geld? Nichts. Immer muß ich allein zu Hause sitzen."

„Wenn meine Geschäfte erst gut abgelaufen sind, holen wir alles nach, Amalie. Im übrigen gehe aus, soviel und wohin du willst."

„Ach allein habe ich keinen Spaß davon."

„Herrgott," rief er ärgerlich, „sei doch vernünftig. Du hörst doch, ich habe keine Zeit."

„Deine sogenannten Unternehmungen sind dir wichtiger als deine Frau, das konnte ich längst merken. Und ich hab doch das Geld dazu gegeben . . . Na, vielleicht hast du mich bloß deshalb geheiratet."

Sie sprach wohl sicher halb im Scherz. Ihn aber packte, da sie der Wahrheit so nahe kam, die Wut. Er stieß seinen Teller zurück, warf den Stuhl mit einem Krach unter den Tisch. „Kindisch und lächerlich ist es. Eine Frau in deinen Jahren und noch verliebt zusammenhocken."

„Was bin ich? Verliebt. Wer war verliebt? Ich oder du? Hast du dir nicht Mühe genug gegeben, mich zu kriegen? Kindisch und lächerlich?" schrie sie zitternd und rot übergossen. „Wie? Meinst du, ich wüßte nicht, wie du dich festgelegt hast in Limmerode? Und daß der ganze Bahnbau vielleicht, beinahe sicher Schwindel ist? Mein Lieber, so kindisch und lächerlich und verliebt bin ich noch lange nicht. Ich weiß viel mehr, als du denkst. Gutmütig habe ich zu allem geschwiegen und immer hergegeben . . . Aber wenn du mir so kommst."

Sie sah ihn mit böse funkelnden Augen an. Ihre freundlich-heitere Stimme schrillte.

„Soviel habe ich bei meinem seligen Mann auch von Geschäften gelernt, daß ich ganz gut weiß, was es mit Spekulieren an der Börse und in Ländereien auf sich hat. Gewarnt habe ich dich genug. Aber trotzdem habe ich immer hergegeben . . ."

„Und ich habe dein Riesenkapital verdoppelt," lachte er höhnisch.

„Zuerst ja, aber wie stehts heute? Wie?"

Dieses oft wiederholte, fast gellende „wie" brachte ihn in Wut.

Seine langen gelblichen Finger spreizten sich, als wolle er auf sie losfahren.

Aber auch bei ihr brach nun ein ganz brutaler Zorn durch. —

„Ich lebte ruhig und kannte keine Sorgen. Ich hatte mein schönes Geld . . ."

„Aber keinen Mann," schaltete er zynisch ein.

„Zwanzig hätte ich haben können," schrie sie. „Zwanzig, die mir nicht mein Hab und Gut erst abschwindeln und mich dann allein sitzen lassen und mich verhöhnen mit Verliebtheit, und kindisch und lächerlich schelten. Was habe ich von dir? Bloß, daß ich für dich kochen und braten und sonst sorgen kann, damit du es recht bequem hast, wenn du mir mal die Ehre antust, zu Hause zu sein. Wie? Deine Unternehmungen? Ich sehe schon den Tag kommen, wo sie mein Vermögen gekostet haben. Herr Teichmann wird wohl recht behalten und Dorette Bartels auch . . ."

„Wer?"

„Na. Teichmann und Frau Bartels."

„Sprichst du mit den Halunken? Hältst also mit denen, die gegen mich sind. Läßt dir was von ihnen zutragen? He?"

„Zutragen. Haha, was denn? Deine Käufe in Limmerode pfeifen die Spatzen von den Dächern. Da brauch' ich mich ums Zutragen nicht zu bemühen."

„Frau," sagte er heiser und packte sie drohend am Arm.

„Mach nicht, daß ich die Heirat bereue . . ."

„Bereue? Das kannst du gern. Ich habe sie auch bereut, das kannst du glauben."

„So geh'" knirschte er zwischen den Zähnen.

„Ich. Ich soll gehen? Du bist wohl nicht bei Troste. Wer hat hier zu gehen? Ich doch wohl nicht. Oder ist hier auch nur ein Blatt Papier, das dir gehörte? Wie?"

Janek stampfte wütend mit dem Fuß. „Verdammt, verdammt. Sprich kein Wort mehr . . . oder . . ."

„Na . . . oder . . ." höhnte sie. „Zahl mein Vermögen zurück, dann geh' ich. In meine frühere Wohnung. Du kannst bleiben und den vornehmen Herrn allein weiter spielen. Dann kommt dir auch keiner mehr kindisch und verliebt und lächerlich in den Weg. Kannst ja dann die Auguste nehmen."

Es war in diesen Minuten nichts mehr von ihrem wirklich liebevollen Fühlen für ihn in ihr. Die Verspottung ihrer Liebe hatte die Eitelkeit der nicht mehr jungen Frau und alle nicht edlen Instinkte in ihr entfesselt, die nun wie über einen niedergerissenen Damm Janek mit Vorwürfen überflutete, die bisher kaum in ihrem Bewußtsein lebten.

„Morgen schmeiße ich dir den Bettel vor die Füße," gurgelte er halberstickt.

„Das kannst du ja nicht . . . kannst du ja nicht . . ."

Er hob die geballte Faust, ließ sie sinken und knallte die Tür ins Schloß.

In seinem Zimmer saß er und verfluchte seine Heftigkeit. Die Brutalität, die in ihm aufkochte zu schäumendem Zorn . . . die nur mit aller Willenskraft zu bändigen war.

Er nahm einen Briefbeschwerer, ein Geschenk Amaliens, ein törichtes, geschmackloses Ding, warf es zur Erde und trat mit den Füßen darauf herum.

Dann besann er sich und zwang seine Wut in die Brust zurück.

Er überlegte. Morgen wollte er zu Wera fahren. Sie mußte helfen. Mußte dieser Frau den Kopf zurechtsetzen. Sie blenden und bestechen durch den Glanz ihrer Verwandtschaft mit ihm. Alles hing von einer Versöhnung ab . . . verdammt noch mal. So demütigend es auch war . . . aber Schuld hatte er ja. Was brauchte er die Frau zu höhnen und zu kränken.

An allen Gliedern bebend, schloß er den Geldschrank auf, den Herr Westner, sein Vorgänger, einstmals benutzt hatte, nahm sein Geheimbuch heraus und setzte sich an den Schreibtisch.

Stunden vergingen.

Reihe an Reihe standen die Zahlen, Blatt um Blatt füllten sich . . .

Von Janeks Stirn rannen große Schweißtropfen. Er wußte genau, daß noch nichts Bestimmtes über den Bahnbau beschlossen war. Dennoch wuchs ein Mißtrauen wie aus der Erde heraus, ward zum Gerede, ballte sich zu einer Gefahr zusammen.

Auch an der Börse hatte er mit allerdings kleineren Geschäften Pech gehabt, hatte gekauft und mußte ohne Gewinn losschlagen, um nicht bluten zu müssen.

Aber noch war nichts verloren . . . Der eine große Coup mußte alles wieder einbringen . . .

Dann schüttelte er Schirrbach ab, der den gottverfluchten Wechsel noch immer uneingelöst in seinen schmutzigen Händen hatte . . . und der Verfalltag rückte heran.

Dann zahlte er Amalie ihr Vermögen zurück . . . und sah endlich seinen Weg frei von jeder Abhängigkeit und Rücksichtnahme vor sich . . .

Amalie hörte vom Nebenzimmer aus das Gepolter und sein lautes, schnaufendes Atmen.

Sie stand mitten in der Stube und rang die Hände. Was sollte hiernach nun geschehen.

Verhöhnt hatte er sie, weil sie ihm ihre Zuneigung gezeigt hatte.

Ja, sie hatte ihn gern gehabt, er aber wollte gewiß nur ihr Geld.

Und kindisch und lächerlich war sie obendrein. Immer hatte sie ihm gegeben, zu jedem Opfer stets bereit.

Gern tat sie es bisher, und gern sorgte sie für ihn, dankbar für einen freundlichen Blick und karge Anerkennung.

Aber was um Gotteswillen sollte nun nach diesem Auftritt geschehen?

Sie konnte doch nicht so einfach sich schlecht behandeln lassen. Sie war das nicht gewohnt.

In ihrer ersten Ehe war alles friedlich und anständig, spießbürgerlich zugegangen . . . Ohne große Liebe . . . ohne jedes Zerwürfnis.

Nie hatte sie Sorgen kennengelernt . . . schlecht und recht ihre Pflicht getan, wie sie es von den Eltern und ihrem Mann gesehen.

Sie fühlte heiße Angst in sich aufsteigen.

Wenn Janek sich wirklich verspekuliert hatte? wie Dorette Bartels ihr höhnisch erzählt hatte . . . Was um Gotteswillen sollte sie dann anfangen?

Er hatte ihr ganzes Vermögen. War es verloren, so blieb ihr nichts als eine kleine Rente, die ihre Großmutter für sie gekauft hatte . . . und die nicht zu mehr als dem bescheidensten Leben auf dem Lande reicht. Zu wenig . . . zum Sterben zu viel.

(Forts. folgt.)